

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Aufbau- und Resilienzplan

Deutscher Antrag positiv bewertet

>> 3

Verbraucherschutz

EU-Kommission will Rechte von Reisenden stärken

>> 4

Energie-Infrastruktur

Plan zum Netz-Ausbau vorgelegt

>> 5

SPITZENTREFFEN

Von der Leyen beim EU-China-Gipfel in Peking

In der chinesischen Hauptstadt hat das zweite Treffen der Spitzen von EU und China in diesem Jahr begonnen, mit Gesprächsrunden beim chinesischen Präsidenten Xi Jinping und Ministerpräsident Li Qiang. In den Beratungen geht es unter anderem um den Stand der Beziehungen zwischen der EU und China sowie Fragen der internationalen Politik wie Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Lage in Nahost. Auch die Gewährleistung ausgewogener Handelsbeziehungen sowie die Themen Klimawandel und globale Gesundheit werden erörtert.

Von der Leyen hatte bereits in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union erklärt, es sei „unabdingbar, Kommunikationskanäle nach China offen zu halten und im Dialog zu bleiben“.

[Gipfel](#)



© European Union 2023

COP28

Von der Leyen: Es geht um Ehrgeiz, Ziele, Finanzen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zum Auftakt der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai zu einem entschiedeneren Einsatz im Kampf gegen die Erderwärmung aufgerufen. Dabei baut die Präsidentin auch auf den globalen Ausbau erneuerbarer Energien: Bis 2030 soll die weltweite Kapazität von Wasser, Wind und Sonne zur Energiegewinnung verdreifacht werden.

Von der Leyen rief auch zu einem schnelleren Abschied von fossilen Energieträgern auf. Sie sagte: „Dieser Wandel muss schneller vonstattengehen, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel des Übereinkommens von Paris erreichen wollen.“

ERSTE ERFOLGE ZUM AUFTAKT

Die Beratungen in Dubai dauern noch bis zum 12. Dezember an. Im Zentrum steht eine erste Zwischenbilanz der UN-Klimakonferenz von Paris von 2015. Damals hatten sich die Unterzeichnerstaaten darauf verständigt, den Anstieg der Erderwärmung bis Ende des Jahrhunderts auf unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Eine [Studie](#) des UN-Umweltprogramms UNEP hatte kurz vor Konferenzbeginn gewarnt, dass ohne entscheidendere Anstrengungen beim Klimaschutz die

mittlere Temperatur bis Ende des Jahrhunderts um 2,5 Grad bis 2,9 Grad ansteigen könnte.

Die EU-Kommission setzt sich bei den Verhandlungen in Dubai unter anderem ein für:

Globale Energiewende: Von der Leyen erinnerte eindringlich an die Klimaziele von Paris. Sie rief dazu auf, sich in Dubai auf globale Energieziele zu einigen, die darauf abzielen, den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen wie Kohle zu forcieren. Die Präsidentin verwies auf den europäischen Grünen Deal und betonte die Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz: „Was wir weltweit fördern, leben wir in der EU bereits. Wir zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist.“

Ausbau der Erneuerbaren: Die Konferenz erzielte gleich zum Auftakt mehrere Erfolge. >>

“
Die Kühnheit, global zu denken, ist in dieser für das Klima entscheidenden Zeit unsere einzige Option.
 Ursula von der Leyen,
 Präsidentin der EU-Kommission

>>

Gemeinsam mit dem COP28-Vorsitz und 118 Ländern brachte von der Leyen die Globale Verpflichtung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ein. Das Ziel: die Kapazität der Erneuerbaren bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienz im gleichen Zeitraum zu verdoppeln. Die Initiative kann nach Überzeugung der Kommissionspräsidentin „ein Wendepunkt sein, um saubere Energien in aller Welt verfügbar zu machen und die Welt wieder auf Kurs auf unser 1,5-Grad-Ziel zu bringen“.

Globale CO2-Bepreisung: Die EU setzt seit 2005 auf ein Emissionshandelssystem für Kohlendioxid, das European Union Emissions Trading System (ETS). Der Ansatz: Der Ausstoß von Kohlendioxid wird mit einem Preis belegt, das schafft Anreize dafür, Emissionen abzubauen und in nachhaltigere Projekte zu investieren. Die Einnahmen von bisher rund 175 Milliarden Euro gehen in den Klimaschutz. Die Präsidentin schlug in Dubai die globale Zusammenarbeit bei der CO2-Bepreisung vor und bot beim Aufbau entsprechender Handelssysteme europäische Hilfe an: „Unser Ziel ist es, den Rahmen für die internationale Zusammenarbeit zu schaffen und robuste Maßstäbe für CO2-Gutsmärkte zu setzen“, erklärte von der Leyen.

Klimapartnerschaften und Finanzierung: Die Prä-

äsidentin unterstützte eine Initiative – unter anderem von Deutschland – zum Zusammenschluss von gleichgesinnten Staaten im Kampf gegen Erderwärmung in einem Klimaclub. Von der Leyen verwies in Dubai auch auf die Klima-Partnerschaften der EU, etwa mit Vietnam, sowie die europäische Initiative Global Gateway. Dabei mobilisiert die EU rund 300 Milliarden Euro für nachhaltige Infrastrukturprojekte weltweit. Zudem legt die EU Green Bonds auf – Anleihen, deren Mittel in grüne Projekte fließen. Ein Modell, das von der Leyen zur Nachahmung empfahl: „Die Erfahrung zeigt, dass grüne Anleihen weltweit der Schlüssel sind, um Kapital privater Investoren zu mobilisieren, die klimafreundlich investieren wollen.“

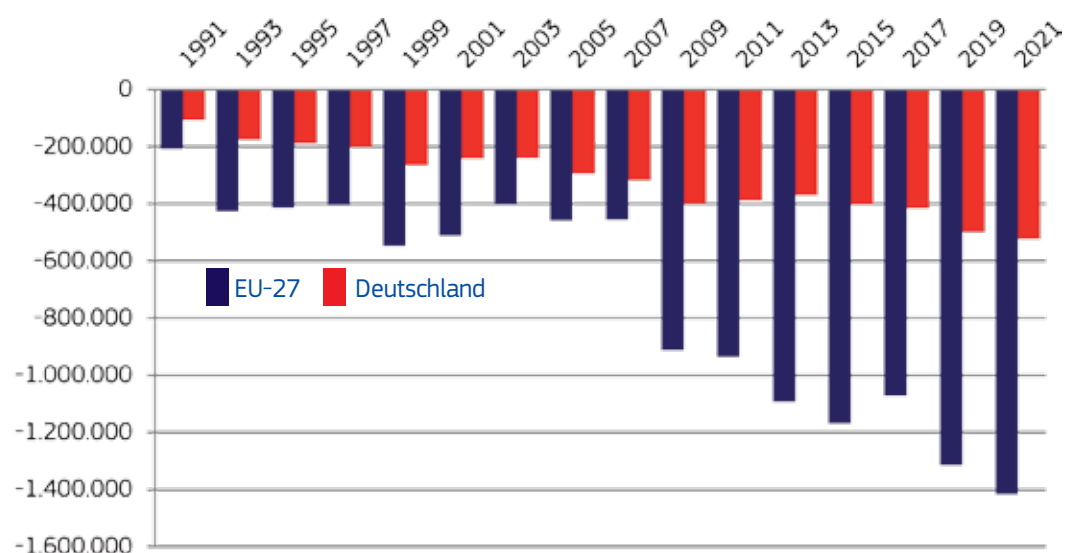
Klimakompensationsfonds: Zum Auftakt der COP28 wurde der Klimafonds für Verluste und Schäden besiegelt, der Ländern mit niedrigem Einkommen für die Folgen der Erderwärmung entschädigt. Von der Leyen bekräftigte die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten und sagte: „Es ist eine Priorität für uns, dafür zu sorgen, dass der neue Fonds für Klimaschäden und -verluste ohne Verzögerungen anlaufen kann. Ich habe angekündigt, dass 25 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt unverzüglich zur Verfügung gestellt werden, um bei der praktischen Umsetzung des Fonds zu helfen.“

Schon jetzt zählen die EU und ihre Mitgliedstaaten zu den größten Geldgebern für internationalen Klimaschutz. Sie stellten im Vorjahr rund 28,5 Milliarden Euro für den weltweiten Kampf gegen die Erderwärmung zur Verfügung, hinzu kommen rund 11,9 Milliarden Euro an privaten Investitionen. (pr)

Klima-Ambitionen

Rückgang der CO2-Emissionen seit 1990

(Veränderung im Vergleich zu 1990; in 1.000 Tonnen CO2-Äquivalent)



Quelle: European Environment Agency

Der europäische Grüne Deal in Zahlen

Auf Initiative der EU-Kommission hat die EU das Klimaschutzprogramm europäischer Grüner Deal vereinbart. Das Vorhaben in Zahlen:

55 Prozent

– mindestens – weniger Kohlendioxid bis 2030 sieht das Klimagesetz „Fit für 55“ vor, etwa durch Einsparungen im Verkehr.

42,5 Prozent

– mindestens – soll der Anteil von Wind, Wasser und Sonne bis 2030 am Energie-Mix der EU betragen. So sieht es der Ausbau der Erneuerbaren in der Energieoffensive REPowerEU vor. Im Jahr 2022 steuerten Wind und Sonne 39 Prozent der Stromgewinnung in der EU bei, das sind fünf Punkte mehr als 2019.

20 Millionen

Tonnen grünen Wasserstoff will die EU bis zum Jahr 2030 einsetzen, die Hälfte davon soll in der EU erzeugt werden. Den notwendigen Strom liefern Wind, Sonne und Wasserkraft.

3 Milliarden

Bäume – mindestens – sollen bis 2030 zusätzlich in der EU gepflanzt werden.

■ CORONA-AUFBAUFONDS

Deutschland erhält positive Bewertung für seinen Aufbau- und Resilienzplan

Die Europäische Kommission hat den deutschen Antrag auf Auszahlung von 4 Milliarden Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität ARF vorläufig positiv bewertet. Die Gelder sind unter anderem für die Förderung von Elektroautos und die Digitalisierung der Verwaltung vorgesehen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Die Kommission hat den Antrag Deutschlands auf eine Zahlung aus NextGenerationEU geprüft und positiv bewertet – da Deutschland wichtige Reformen durchgeführt hat, etwa bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.“ Von den Mitteln sind allein drei Milliarden Euro für Online-Projekte der Verwaltung vorgesehen, rund 70 Dienstleistungen können durch die Unterstützung der EU künftig im Netz angeboten werden.

Deutschland kann Zuschüsse bis zu 30,3 Milliarden Euro erhalten, wenn es den Aufbauplan (28 Milliarden Euro) und sein REPowerEU-Kapitel (2,3 Milliarden Euro) vollständig umsetzt. Im August 2021 wurde Deutschland eine Vorfinanzierung in Höhe von 2,25 Milliarden Euro ausgezahlt.

■ MENSCHENHANDEL

Johansson will stärker gegen die Schleusung von Migranten vorgehen

Die EU-Kommission hat Vorschläge vorgelegt, um stärker gegen Schleuser vorzugehen. Dazu gehört unter anderem eine klarere Definition des Straftatbestands der Schleusung, harmonisierte Strafen und eine Stärkung der Ressourcen und Kapazitäten der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Schleuserbanden.

Darüber hinaus schlägt die Kommission eine Verordnung vor, um den Einsatz von Europol bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu

■ MEDIENFREIHEIT

EU einigt sich auf Regeln gegen Slapp-Klagen

Europa bekommt erstmals ein verbindliches EU-weites Rechtsinstrument gegen missbräuchliche Klagen gegen Berichterstattende: Strategic Lawsuits Against Public Participation (SLAPP). Einer entsprechenden Initiative der EU-Kommission haben Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament zugestimmt. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, sagte, damit werden Journalistinnen und Journalisten geschützt und ihre Rechte verteidigt. Die missbräuchlichen Klagen werden strate-

■ HANDEL

EU besiegelt Freihandelsabkommen mit Neuseeland

Nach dem Europäischen Parlament hat auch der Rat der Mitgliedstaaten das Freihandelsabkommen der EU mit Neuseeland gebilligt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Neuseeland ist für uns ein Schlüsselpartner im indopazifischen Raum, und dieses ehrgeizige Freihandelsabkommen wird uns noch enger zusammenbringen.“ Die EU ist der drittgrößte Handelspartner Neuseelands. Der bilaterale Handel zwischen beiden Partnern belief sich im vergangenen Jahr auf 9,1 Milliarden Euro. Das Abkommen wird Unternehmen in der EU durch den Abbau von Zöllen

Sobald die Bewertung der Kommission von den Mitgliedstaaten geprüft und genehmigt ist, dürfte Deutschland 4 Milliarden Euro an Zuschüssen erhalten. Die Kommission wird

weitere Zahlungsanträge Deutschlands prüfen. Grundlage dafür ist, dass die festgelegten Etappenziele und Zielwerte erreicht werden, die die Fortschritte bei der Durchführung der Investitionen und Reformen zeigen.

NextGenerationEU



© Shutterstock

stärken. Die Behörde unterhält seit 2016 ein eigenes Zentrum gegen Schleuserkriminalität. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte: „Die Schleusernetze entwickeln sich ständig weiter. Und das muss auch für unsere Gegenmaßnahmen gelten.“ EU-Innenkommissarin Ylva Johansson ergänzte, der Vorstoß werde auch strengere Strafen gegen Schleuserbanden erlauben.

Neuer Rechtsrahmen gegen Schleuserkriminalität

gisch genutzt, um unliebsame Berichterstattung zu verhindern. „Hier werden Geld und Macht gezielt eingesetzt, um Journalistinnen und Journalisten oder auch Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten mundtot zu machen“, erläuterte Jourová und fügte hinzu: „Das neue Gesetz wird all jene abschrecken, die mit solchen missbräuchlichen Klagen liebäugeln.“

Freie Berichterstattung

schon im ersten Jahr rund 140 Millionen Euro an Einsparungen bringen. Innerhalb eines Jahrzehnts dürfte der beiderseitige Handel um bis 30 Prozent wachsen. Von der Leyen betonte: „Dank beispielloser sozialer und klimapolitischer Verpflichtungen werden auch unsere Verbraucherinnen und Verbraucher und unsere Umwelt von den Vorteilen profitieren.“ Neuseeland muss den Handelspakt noch abschließend billigen.

Abkommen

EU-Kommission setzt sich für mehr Rechte für Reisende ein

Die EU-Kommission hat eine Initiative vorgelegt, die die Rechte von Reisenden stärkt, etwa über ein EU-weit einheitliches Formular für Fahrgast-Entschädigungen. Verbraucherschutz-Kommissar Didier Reynders sagte, der Vorstoß biete „konkrete Lösungen für konkrete Probleme“.



Anlaufstelle für Verbraucher

Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) an der deutsch-französischen Grenze in Kehl am Rhein setzt sich für die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Europäischen Binnenmarkt ein. Die Info-Stelle beantwortet unter anderem strittige Fragen rund um Hotelstornierungen, Mietwagenbuchungen, Urlaub mit E-Autos sowie Ausfällen oder Verspätungen von Bussen, Bahnen, Fähren und Fliegern. So muss etwa für Flüge mit mehr als drei Stunden Verspätung eine Entschädigung gezahlt werden. Das reicht von 250 Euro für Strecken bis zu 1.500 Kilometern bis zu 600 Euro bei Langstreckenverbindungen mit einer Distanz von mehr als 3.500 Kilometern mit Zielen außerhalb der EU. Das EU-Verbraucherzentrum im Internet: www.evz.de

Die Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der Rechte von Flug- und Fahrgästen vorgelegt, um ein reibungsloseres Reisen zu ermöglichen.

© Shutterstock

Während der Pandemie fielen viele Flüge aus, bereits gebuchte Urlaubsreisen wurden gestrichen, auch rutschten Reiseveranstalter in die Insolvenz. Eine Entschädigung zu erlangen, war für Reisende oft langwierig und beschwerlich. Die EU-Kommission dringt deshalb auf stärkere Verbraucherschutzrechte. Reynders betonte: „Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat die Reisebranche in Mitleidenschaft gezogen und alle daran erinnert, wie wichtig es ist, jederzeit starke Verbraucherrechte zu gewährleisten.“

Unter anderem sieht der Vorschlag der EU-Kommission vor:

Umfassendere Fahrgastrechte: Rund 13 Milliarden Reisen jährlich werden in der EU unternommen. Schon jetzt genießen Reisende, die mit Bus, Bahn, Schiff oder Flugzeug in der EU unterwegs sind, beispiellose Fahrgastrechte. EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean sagte, die EU verfüge über die stärksten Rahmenbedingungen für Passagierrechte weltweit. „Das bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht noch mehr tun sollten.“ Bei Verspätungen sollen Entschädigungszahlungen künftig über ein EU-weit einheitliches Formular laufen, das die EU-Kommission zur Verfügung stellt. Andere Erstattungsformulare sollen gültig bleiben. Zudem regt die EU-Kommission an, für Flugreisen europaweit einheitliche Regeln für das Handgepäck zu schaffen, erklärte Vălean auf einer Pressekonferenz in Brüssel.

Kombi-Tickets und digitale Reiseplanung: Erstmals soll es auch eine Entschädigung für Kombi-Tickets geben, wenn bei einer Buchung der Umstieg von verschiedenen Verkehrsträgern vorgesehen ist, etwa vom Flieger auf den Zug. Fachleute sprechen hier von multimodalem Reisen. Fahrgäste sollen beim Wechsel des Verkehrsträgers künftig auch den Reiseverlauf leichter digital verfolgen können,

etwa, ob sie beim Wechsel vom Flugzeug auf die Bahn den Anschluss schaffen. Vorgesehen ist auch, dass Fluglinien ihre Passagiere digital über eine Reise informieren. Das gilt auch, wenn diese über einen anderen Anbieter wie etwa eine Flugbörse im Internet gebucht wurde. Auch Informationen über die Zuverlässigkeit einer Fluglinie sollen künftig im Netz besser einsehbar sein. Dieses Vorhaben ist Teil der Initiative für einen europäischen Mobilitätsdatenraum.

Mehr Rechte für Pauschalurlauber: Nach den Erfahrungen aus der Pandemie ergänzt die EU-Kommission die Pauschalreiserichtlinie aus dem Jahr 2015. Angestrebt wird, dass die Anzahlung für eine Pauschalreise auf 25 Prozent des Preises begrenzt wird, Ausnahmen sind möglich. Der Preis ist frühestens 28 Tage vor Urlaubsbeginn zu zahlen. Zudem regelt der Vorschlag Zahlungsverpflichtungen zwischen Reiseveranstaltern und Dienstleistern: Es wird gesichert, dass Reisende – wie bereits jetzt vorgesehen – bei Ausfall innerhalb von 14 Tagen auch wirklich ihre Entschädigung erhalten. Im Fall von Rückerstattungen müssen Urlauberinnen und Urlauber zudem darauf hingewiesen werden, dass sie statt eines Gutscheins auch Anspruch auf eine Auszahlung der Entschädigungssumme haben. Auch im Fall einer Insolvenz des Reiseveranstalters sollen Reisende besser abgesichert werden.

Mehr Hilfe für Menschen mit Behinderung: Menschen mit Einschränkungen sollen künftig einfacher und selbstbestimmter reisen können. So sind am Gate Kontaktpersonen vorgesehen, die den Umstieg erleichtern. Besteht eine Fluglinie, etwa aus Sicherheits-erwägungen, auf Begleitpersonen, müssen diese gratis mitgenommen werden. (pr)

[Verbraucherrechte](#)

■ ENERGIE-INFRASTRUKTUR

Šefčovič legt Plan zum Netz-Ausbau vor

Genügend Ladestationen für E-Autos, neue Gas-Leitungen für Wasserstoff zur Erzeugung von grünem Stahl, mehr Strom für die Wärmepumpen von Gebäuden – mit dem Übergang zu nachhaltigen Energien ist auch die Netz-Infrastruktur in Europa gefordert. Die EU-Kommission hat deshalb einen Aktionsplan zum Ausbau der grenzüberschreitenden Energie-Infrastruktur vorgelegt, der die Förderung von Energietrassen und ihre schnellere Genehmigung vorsieht.

Maroš Šefčovič, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, bekräftigte: „Netze sind das Rückgrat unseres Energiesystems.“ Energiekommissarin Kadri Simson ergänzte, die „EU-Finanzierung der Infrastruktur für fossile Brennstoffe ist vorbei. Jetzt ist es an der Zeit, in Energieinfrastrukturen zu investieren, die für ein flexibleres, dezentrales und digitalisiertes System geeignet ist“.

ZAHLEICHIGE PROJEKTE IN DEUTSCHLAND

Die EU-Kommission rechnet damit, dass durch die Elektrifizierung wichtiger Bereiche wie Verkehr der Stromverbrauch in der EU bis 2030 um 60 Prozent steigt. So sind bis Ende des Jahrzehnts allein für den Ausbau der Stromnetze rund 584 Milliarden Euro nötig. Insgesamt hat die Kommission 166 grenzüberschreitende Energie-Infrastrukturvorhaben ausgewählt, die von gestrafften Genehmigungsverfahren profitieren und für eine finanzielle Unterstützung in Betracht kommen. Auch zahlreiche Energie-Infrastrukturprojekte in [Deutschland](#) sind dabei. Dazu zählen etwa:

▶ **SuedOstLink:** Die rund 540 Kilometer lange Stromtrasse führt von Wolmirstedt nahe Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis zum Standort Isar nahe Landshut in Bayern. Das Erdkabel soll den Windstrom aus dem Norden in den Süden Deutschlands bringen.

▶ **North Sea Wind Power Hub:** An dem Projekt sind neben Deutschland auch die Niederlande und Dänemark beteiligt. Das Ziel ist, über ein grenzüberschreitendes Netzsystem den Strom der Offshore-Windenergie-Anlagen in der Nordsee an Land zu bringen. Bei Energiespitzen kann auf Stromtrassen und Netzinfrastruktur der anderen Beteiligten ausgewichen werden.

▶ **Northern Lights:** Das grenzüberschreitende Projekt zwischen den Mitgliedstaaten Deutschland, Belgien, Irland, Frankreich und Schweden treibt Systeme zur Abscheidung und Speicherung des Klimagases Kohlendioxid voran. Das ist wichtig für kohlendioxidintensive Prozesse wie die Herstellung von Zement. Das bei der Produktion anfallende CO₂ wird aufgefangen und gelangt nicht in die Atmosphäre.

▶ **Wasserstoffnetze:** Wasserstoff gilt als Energieträger der Zukunft. Er kann umweltfreundlich durch Wind- und Solarstrom erzeugt werden und bei seiner Verbrennung entsteht lediglich Wasser. Der europäische Aktionsplan fördert den Aufbau grenzüberschreitender Wasserstoffprojekte, etwa Verbundleitungen von Portugal über Spanien und Frankreich nach Deutschland beziehungsweise von Italien über Österreich nach Deutschland.



Die EU investiert in den Ausbau der Netzinfrastruktur.

© Shutterstock

Šefčovič betonte: „Durch konzentrierte Anstrengungen können wir eine effizientere, intelligentere und stärker integrierte Energieinfrastruktur entwickeln und so dafür sorgen, dass wir die saubere Energie liefern, die wir brauchen, damit der ökologische Wandel ein Erfolg wird.“

EUROPA SETZT AUF REPOWEREU UND DEN GRÜNEN DEAL

Auf die Störungen des globalen Energiemarktes nach Russlands Überfall auf die Ukraine antwortete die EU-Kommission mit ihrem Plan [REPowerEU](#). Das Programm sieht unter anderem den Ausbau der erneuerbaren Energien

bis 2030 auf 42,5 Prozent vor. Angestrebt ist auch, bis Ende des Jahrzehnts 20 Millionen Tonnen [grünen Wasserstoff](#) in der EU zu nutzen. Die Hälfte davon soll in der EU hergestellt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Wasserstoff kann Europa grundlegend verändern. Wir müssen beim Wasserstoff vom Nischenmarkt zum Massenmarkt kommen.“ Die EU arbeitet zudem daran, bis 2050 klimaneutral zu werden und die Energiewende mit Blick auf die ambitionierteren Energie- und Klimaziele für 2030 zügig voranzubringen. Dazu braucht Europa ein stärker integriertes Energiesystem.

„Die Netze dürften keinen Engpass bei der Umstellung auf saubere Energien darstellen.“

Kadri Simson, EU-Energiekommissarin

Mit ihrer Initiative stellt die EU-Kommission sicher, dass grüne Energie auch europaweit zur Verfügung steht. Unter anderem vorgesehen: 85 Vorhaben zum Ausbau der Stromnetze, der Anbindung von Offshore-Windkraft-Anlagen und intelligente Stromsysteme. Ziel ist, die Mitgliedstaaten bereits bei der Planung von Windparks auf See und bei der Ermittlung des Netzbedarfs enger zu verzahnen. (pr)

[Netzausbau](#)

EU setzt auf kritische Rohstoffe aus Europa

Valentin Goldberg ist überzeugt von Lithium Made in Europe. Der Geowissenschaftler vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) in Baden-Württemberg sagt über die Chancen von Lithium-Gewinnung in Deutschland: „In bereits bestehenden Geothermie-Anlagen im norddeutschen Becken wie am Standort Groß Schönebeck vor den Toren Berlins oder im Oberrheingraben in Baden liegt großes Potenzial.“



EINIGUNG IN REKORDTEMPO

Lithium ist ein zentrales Element für die Energiewende. Vom Akku im Mobiltelefon (0,6 Gramm reines Lithium) bis zur Batterie für E-Autos (bis zu zehn Kilogramm des Metalls) – überall treibt der begehrte Rohstoff das tägliche Leben voran. Nach *Schätzungen* der EU-Kommission wird die Nachfrage bis 2030 allein in der EU um das Zwölfwache zulegen. Die Herausforderung: Noch werden rund 45 Prozent des weltweiten Lithium-Bedarfs in China weiterverarbeitet, 32 Prozent des Metalls stammen aus Chile und 20 Prozent aus Argentinien. Nur ein Prozent des Lithiums stammt derzeit aus der EU.

Lithium steht deshalb auf einer *Liste von kritischen Rohstoffen* der EU-Kommission, die für den grünen Umbau der europäischen Wirtschaft notwendig sind – von A wie Antimon bis W wie Wismut. Die EU-Kommission legte zudem im März dieses Jahres einen Vorschlag für eine sichere und nachhaltige Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen vor – den Critical Raw Materials Act (CRMA). Bereits jetzt wurde die Initiative von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament gebilligt. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton lobte: „Das Tempo der Verhandlungen und das Ausmaß der Ambitionen zeigen, dass Rohstoffe für die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas unerlässlich geworden sind.“

Das Ziel der neuen Regelung: Bis 2030 sollen 10 Prozent der Schlüsselemente in Europa gewonnen, 40 Prozent hier veredelt und 25 Prozent der genutzten Metalle recycelt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Dieses Gesetz wird uns unseren Klimazielen näherbringen. Es wird die Raffinierung, die Verarbeitung und das Recycling von wichtigen Rohstoffen hier in Europa erheblich verbessern.“ Am Karlsruher Institut für Technologie forschen Fachleute wie Goldberg an Möglichkeiten, Lithium in Deutschland zu gewinnen. Denn das Metall schlummert auch hierzulande in der Erde.

Schlüssel-Elemente

Die EU-Kommission listet in ihrem Bericht über kritische Rohstoffe 30 Schlüsselemente auf. Ein Blick auf wichtige Elemente:

Lithium – chemisches Zeichen Li – ist der entscheidende Baustein der Lithium-Ionen-Batterie und essenziell für E-Autos. Das Metall kommt in Deutschland am Oberrheingraben rund um Karlsruhe vor. Zudem hat die EU Rohstoffpartnerschaften mit Chile und Argentinien geschlossen.

Kobalt – chemisches Kürzel Co – wird ebenfalls in der Batterietechnik eingesetzt. 54 Prozent der Kobalt-Erze werden derzeit in der Demokratischen Republik Kongo gefördert, 8 Prozent in China und 6 Prozent in Kanada. Finnland und Belgien zählen zu den wichtigsten Produzenten in der EU.

Seltene Erden heißt eine Gruppe von Metallen, die die Energiewende antreiben. So ist Neodym zur Erzeugung von Strom in Windturbinen unerlässlich. Von den Schlüssel-Elementen für die Windkraft kommen derzeit rund 54 Prozent aus China. In der EU meldete Schweden den Fund wichtiger Vorkommen an seltenen Erden.

Weltweit steigt der Bedarf an Lithium: Der Rohstoff ist heiß begehrt – und gilt vorerst als unersetzlich.

© Shutterstock

Und wird sogar schon nach oben gefördert – als Nebenprodukt bei der Geothermie, etwa am Oberrhein rund um Karlsruhe. Goldberg erläutert: „Theoretisch könnten bestehende Geothermiekraftwerke im Oberrheingraben und im Norddeutschen Becken zwischen zwei und zwölf Prozent des jährlichen Lithiumbedarfs in Deutschland decken.“

Wie das geht, lässt sich am badischen Bruchsal unweit von Karlsruhe beobachten. Die klimafreundliche Geothermie setzt auf die Energie, die in tiefen Erdschichten liegt. Das Prinzip: Wasser wird in die Tiefe gepumpt, heizt sich in tiefen Gestein auf und gibt an der Oberfläche die Wärme wieder ab. So lassen sich Strom und Fernwärme gewinnen. Ein Nebeneffekt des thermischen Kreislaufs: Das Wasser nimmt auf seinem Weg durch die tiefen Gesteinsschichten nicht allein Wärme auf, sondern auch Schlüsselemente wie Lithium. Das lässt sich über einen Filter absondern und aufbereiten. Von Extraktionsverfahren sprechen Forscher wie Goldberg. Der Geowissenschaftler sagt: „Ein Abbau ist mit geringen Umweltkosten über viele Jahre möglich.“

Die EU fördert die Forschungen am Karlsruher Institut für Technologie über das Projekt *LiCORNE* – Lithium recovery and battery-grade materials production from European resources. Frei übersetzt: Lithium-Rückgewinnung und Herstellung batterietauglicher Materialien aus europäischen Ressourcen. Ziel ist die erste Lithium-Lieferkette in Europa – über Recycling von Lithium aus Batterieabfällen und über die Gewinnung des Metalls aus Geothermie-Anlagen wie in Bruchsal. Insgesamt stehen bis Ende 2026 rund 6,8 Millionen Euro für Forschungsprojekte in der gesamten EU bereit. Von der Leyen betonte: „Diese Rohstoffe sind für die Herstellung von Schlüsseltechnologien für unsere doppelte Energiewende – wie Windenergieerzeugung, Wasserstoffspeicherung oder Batterien – unerlässlich.“ (pr)

Europa in Zahlen

13

Prozent beträgt das durchschnittliche geschlechtsspezifische Lohngefälle in der EU. Damit verdienen Frauen in der Europäischen Union nach wie vor weniger als Männer. Eine Frau bekommt für jeden Euro, den ein Mann verdient, also nur 0,87 Euro. Der Europäische Tag der Lohngleichheit symbolisiert, wie viele Extra-Tage Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen bis Jahresende arbeiten müssen, um in diesem Jahr auf das gleiche Entgelt zu kommen. 2023 fiel der Europäische Tag der Lohngleichheit auf den 15. November. Am größten ist das Ungleichgewicht in Estland (20,5 Prozent), Österreich (18,8 Prozent) und Deutschland (17,6 Prozent). Im *Gleichstellungsindex* liegt Deutschland unter den 27 EU-Staaten auf Rang 11.

Lohngefälle

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 08.12.2023 09.30–12.00 Uhr	„Europäische Gesetzesinitiative als Chance für die Zivilgesellschaft in der EU?“ Fachgespräch Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin	https://calendar.boell.de/de/event/europaeisches-vereinsrecht
> 08.12.2023 19.00–22.00 Uhr	„Eindrücke – Emotionen – Europa – Europäischer Jahresrückblick 2023!“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Auslandsgesellschaft.de e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/eindrucke-emotionen-europa-europaeischer-jahresrueckblick-2023/
> 10.12.2023 15.00–18.00 Uhr	„Europe is female!“ Vernissage und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/10-12-2023/europe-female
> 11.12.2023 16.30 Uhr	„European Cycling Declaration“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Branchenverband Zukunft Fahrrad	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://zukunft-fahrrad.org/aktuelles/
> 11.–15.12.2023 19.30–21.00 Uhr	„Erasmus+ Inspiration Days 2024“ Virtuelle Infotage Veranstalter: Nationale Agentur im BIBB	Online	www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/erasmus-inspiration-days-2023
> 13.12.2023 15.00–17.00 Uhr	„Europabildung – Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Eine Bedarfsaufnahme“ 3. Workshop Europe in the Classroom Veranstalter: EUD und JEF Sachsen	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.vhs-dresden.de/programm/mensch-und-gesellschaft.html?action%5B68%5D=course&courseId=598-C-23H1113&rowIndex=2
> 14.12.2023 12.30–13.30 Uhr	„Strategische Sprungbretter und Stolpersteine auf dem Weg zur EU-Erweiterung“ Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://iep-berlin.de/de/projekte/deutschland-und-europa/europagesprache/eu-enlargement-reform/
> 15.12.2023 14.30–16.30 Uhr	„Unboxing Europe – Gemeinsam Europa verstehen“ Online-Fortbildung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Online	https://www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/15-12-2023/unboxing-europe-gemeinsam-europa-verstehen

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ AUSSCHREIBUNGEN ZU ERASMUS+ 2024

4,3 Milliarden Euro für Bildung, Jugend und Sport

Inklusion, aktive Bürgerschaft und demokratische Teilhabe, grüner und digitaler Wandel: Mit einem Budget von 4,3 Milliarden Euro für das kommende Jahr wird Erasmus+ auch weiterhin Menschen und Organisationen zusammenbringen. 2024 führt das Programm nachhaltiges Reisen als Standardoption ein. Um die Auswirkungen der Inflation abzumildern und eine breite Beteiligung zu ermöglichen, werden zusätzlich die Mobilitätzuschüsse um 5,9 Prozent erhöht. 2023 wurde bereits eine erste Anpassung in Höhe von 12,27 Prozent vorgenommen. Erstmals werden auch Reisekosten-Zuschüsse für die innereuropäische Hochschulmobilität angeboten. Erasmus+ arbeitet weiterhin mit der Ukraine zusammen. Unterstützt werden Projekte, die die Lern-Mobilität fördern, bei der Bekämpfung von Desinformation helfen oder die Integration von Flüchtlingen in ein neues Bildungssystem unterstützen.



© Imfoto / Shutterstock.com

Erste Anträge für die Förderlinien Jugend und Sport können bis zum 20. Februar 2024 eingereicht werden. Bis zum 8. Dezember läuft auch eine öffentliche Konsultation, um die Meinung von Bürgerinnen, Bürgern und Organisationen zu Erasmus+ einzuholen.

[Ausschreibungen zu Erasmus+](#)

■ 145 MILLIONEN EURO FÜR SOLIDARITÄTSMASSNAHMEN

Ausschreibung zu Europäischem Solidaritätskorps

Junge Menschen, die etwas für mehr Solidarität in der Gesellschaft tun wollen, können sich dabei Unterstützung durch das Europäische Solidaritätskorps holen – sei es bei Projekten zum ökologischen und digitalen Wandel oder der Hilfe bei der sozialen Eingliederung. Für das kommende Jahr stellt die EU-Kommission 145 Millionen Euro bereit und hat einen Aufruf zu Projektvorschlägen veröffentlicht. Für 2024 wurden das Finanzierungsmodell angepasst und die Zuschussbeträge erhöht. Das soll die Auswirkungen der Inflation abmildern und sicherstellen, dass das Budget für Projekte ausreicht. Außerdem wurden die Zuschüsse für Reisen mit einem emissionsarmen Verkehrsmittel erhöht. Die Kommission fördert zudem spezifische Projekte, die sich auf die Unterstützung von Menschen konzentrieren, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen.

Das Programm steht jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren für Solidaritätsaktivitäten zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen offen. 18- bis 35-Jährige werden bei Freiwilligentätigkeiten im Rahmen von humanitären Hilfsmaßnahmen außerhalb der EU unterstützt.

Mit einer öffentlichen Konsultation holt die Europäische Kommission derzeit die Meinung von Bürgerinnen, Bürgern und Organisationen zum Europäischen Solidaritätskorps ein. Die Konsultation wird Informationen über die Umsetzung und die Ergebnisse der Neuerungen sammeln, die in der aktuellen Programmgeneration eingeführt wurden. Darüber hinaus können Vorschläge für das künftige Programm ab 2028 gemacht werden. Die Konsultation steht in allen 24 EU-Amtssprachen zur Verfügung und endet am 5. Februar 2024.

[Ausschreibung zu Europäischem Solidaritätskorps](#)

■ CIVIS MEDIENPREIS 2024

Ab 6. Dezember Beiträge einreichen!

Für den CIVIS Medienpreis 2024 können ab dem 6. Dezember die besten Beiträge in den Bereichen Audio und Video zu den Themen Migration, Integration, kulturelle Vielfalt und – verbunden damit – gesellschaftlicher Zusammenhalt in Europa eingereicht werden. Europas bedeutendster Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt wird 2024 zum 36. Mal vergeben und steht unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments. Er wird für Programmleistungen im Radio, Fernsehen sowie im Netz verliehen, die das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 19. Januar 2024.



© CIVIS

[CIVIS Medienpreis](#)